

18.03.2013

Aktuelle Stunde

auf Antrag
der Fraktion der CDU

Plant die Landesregierung einen Wortbruch bei der Beamtenbesoldung?

Noch Ende 2011 teilte Ministerpräsidentin Kraft dem Deutschen Beamtenbund schriftlich mit: „Ich kann Ihnen [...] versichern, dass die Landesregierung keine weiteren Einschnitte bei der Beamtenschaft plant.“ Auch Finanzminister Dr. Walter-Borjans versicherte Ende 2011 schriftlich: „Sie wissen, dass die Landesregierung bereits mehrfach verkündet hat, Beamte, Richter, Staatsanwälte und Versorgungsempfänger zukünftig nicht weiter von der Lohnentwicklung abzukoppeln. Dazu gehört, dass gute Arbeit angemessen bezahlt wird.“

Aktuellen Presseberichten ist nun zu entnehmen, dass die Landesregierung plant, das Tarifiergebnis nicht 1:1 zu übertragen (Rheinische Post vom 16. März 2013, Westdeutsche Zeitung vom 18. März 2013).

Seit Regierungsübernahme hat die rot-grüne Landesregierung 2.000 neue Stellen geschaffen und sich gleichzeitig jeglichen Strukturveränderungsmaßnahmen verweigert. Dabei könnten beispielsweise durch die flächendeckende Einführung von Schul- und Polizeiverwaltungsassistenten, die Neuorganisation des Arbeitsschutzes und die Einführung einer Demografiequote neue Spielräume für den Landeshaushalt eröffnet werden.

Es ist notwendig, dass sich der Landtag mit dieser Thematik in einer Aktuellen Stunde befasst.

Lutz Liengkämper

und Fraktion

Datum des Originals: 18.03.2013/Ausgegeben: 18.03.2013

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de